

FLUGVERKEHR

Verspätungen durch Krieg

Piloten von Linienflugzeugen müssen seit Beginn des Luftkriegs gegen Jugoslawien ständig ihre Routen ändern. Die Brüsseler Luftfahrtbehörde Eurocontrol sperrte in Absprache mit dem Nato-Stab am Mittwoch vergangener Woche den gesamten Luftraum über Jugoslawien, Albanien, Bosnien-Herzegowina und dem Seegebiet der Adria für die Zivilluftfahrt. Betroffen sind vor allem die Luftstraßen „Blue 1“, „Blue 5“, „Upper Blue 1“ und „Upper Blue 92“.

Über diese Himmelsautobahnen fließt gewöhnlich der Luftverkehr von und nach Mittel- und Nordwesteuropa, in und aus Richtung Griechenland, Türkei und Israel sowie zu den Fernost-Zielen Neu-Delhi und Singapur. Nachdem die „blauen“ Routen ausgefallen sind, werden alle Flüge entweder auf der sogenannten Südschiene über Italien oder auf der Nordtrasse über Bulgarien, Rumänien und Tschechien abgewickelt. „Wie bei der Sperrung einer Autobahn“, so Karl-Bernd Bockstahler, Sprecher der Berufsvereinigung Cockpit, führe das „zwangsläufig zu Verspätungen“. Vor Anbruch der Oster-Reisewelle mußten



Touristen-Abfertigung (in Hamburg)

Fluglinien und Reisende auf der Balkanroute kriegsbedingte Verspätungen von durchschnittlich einer Stunde hinnehmen. Für die Ostertage rechneten Gesellschaften und Eurocontrol mit einer Verdoppelung der Wartezeiten.

Die für die Verkehrsplanung zuständige Eurocontrol-Abteilung CFMU (Central Flow Management Unit) „sucht ständig nach Wegen, den Luftverkehr zu entzerren“, so CFMU-Mitarbeiter Bernd Scheuver. Durch die Verzögerungen am Boden und die längeren Flugzeiten müssen Fluggesellschaften dennoch immer häufiger Crews auswechseln, deren zulässige Dienstzeiten überschritten werden. Zunehmend sind auch die Anschlußflüge der auf der Balkanroute behinderten Jets betroffen. „Je länger die Lage anhält“, so ein Lufthansa-Planer, „desto mehr entwickelt sich das Ganze zum logistischen Alptraum.“

ABGEORDNETE

U-Bahn fahren in Berlin

Der Ältestenrat des Bundestags hat eine geplante Selbstbedienung der Parlamentarier vorerst gestoppt. Nach einem Papier der Rechtsstellungskommission sollten auf Wunsch von SPD und Grünen für alle 669 Abgeordneten Handys und Laptops angeschafft werden. Im Gegenzug sollte die steuerfreie Kostenpauschale von monatlich 6459 Mark um 360 Mark gekürzt werden. Diese Ersparnis hätte aber nur ein Drittel der dafür erforderlichen neun Millionen Mark (Stand 1996) gedeckt – ohne die Betriebskosten. Jetzt soll die Kommission einen möglichst kostenneutralen Vorschlag ausarbeiten. Mit einem weiteren Vorstoß ist die Kommission bereits gescheitert: dem kostenlosen Jobticket. Wegen des starken Verkehrs sollen die Abgeordneten in Berlin mehr mit öffentlichen Verkehrsmitteln und weniger mit den Limousinen der Fahrbereitschaft fahren. Als Ersatz sollten sie ein Jobticket im Wert von 540 Mark jährlich bekommen. Dem Ältestenrat erschien das zu großzügig. Jetzt sollen die Abgeordneten ihre Fahrscheine selbst kaufen – und hinterher abrechnen.



Westerwelle

FDP

Rosa Ja-Wort

Schneller als die Bonner Regierung hat die FDP-Bundestagsfraktion einen Gesetzentwurf für die Quasi-Ehe von Schwulen und Lesben abgeliefert – und damit einen Hauskrach bei den Liberalen ausgelöst. Der noch unveröffentlichte Entwurf für eine „Lebenspartnerschaft“ mit Ja-Wort vor dem Standesbeamten sieht zahlreiche Gesetzesänderungen vor: Homosexuelle hätten künftig nach dem Tod ihres Partners oder ihrer Partnerin einen Erb-

anspruch und könnten Witwen- oder Witwerrente kassieren. Vor Gericht müßten sie nicht mehr gegeneinander aussagen. Einer „Scheidung“ sollen nach FDP-Ansicht drei Trennungsmonate vorausgehen; auch Unterhaltsgeld ist unter gewissen Umständen vorgesehen. Vor der Zulassung von Adoptionen schreckt die Fraktion zurück – dafür sei die Debatte noch nicht reif.

In einem Brief an Parteichef Wolfgang Gerhardt haben baden-württembergische Liberale protestiert. Sie seien nicht bereit, „dieses An-

liegen“ mitzutragen, schreiben die Landesminister Walter Döring und Ulrich Goll sowie der Landtagsfraktionsvorsitzende Ernst Pfister. Es sei grundsätzlich nicht Aufgabe des Staates, kinderlose Lebensgemeinschaften zu fördern. Gerhardt solle den von Generalsekretär Guido Westerwelle forcierten Vorstoß unverzüglich stoppen.

Außerdem sorgen sich die Baden-Württemberger darum, sie könnten die Partei mit Abwehrschlachten überlasten: „Eine neue Unterschriftenkampagne der Union gegen eine ‚Schwulen-Ehe‘ würde unser Verband in Europa- und Kommunalwahl nicht verkräften.“